

Berlin ist pleite!

Berlin in der Schuldenfalle / Entrinnen aus eigener Kraft unmöglich

BERLIN – 25.6.2002 (khd/tsp). Für (mit-)denkende Bürger war es schon vor 10 Jahren klar: Berlin ist pleite.

Aber da wollte das die Politik noch nicht wahrhaben. Es ist nun aber alles noch viel schlimmer, wie wir heute so nach und nach erfahren. Die Große Koalition aus CDU + SPD hat in den 90er-Jahren einen riesigen Schuldenberg mit Langzeitwirkung produziert. Zwar will der neue Senat (SPD + PDS) nun sparen – daß „es quietscht“ (RegBM Klaus Wowereit). Aber den richtigen Durchblick konnte bislang auch dieser Senat den Bürgern nicht

vermitteln. Vieles wurde da in den letzten Monaten schöngerechnet.

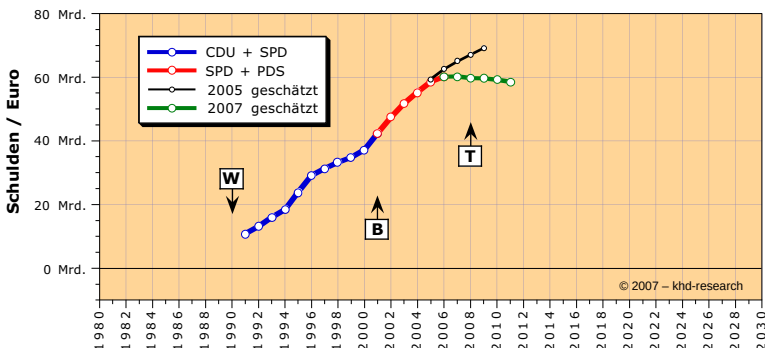
Im Berliner *Tagesspiegel* geben heute Finanzwissenschaftler um Prof. Bernd Huber (München) einen Einblick in die Berliner Finanzkrise: „Der Schuldenstand hat sich von 1991 bis 2001 von 8 Mrd. Euro auf knapp 38,5 Mrd. Euro fast verfünffacht.“ Massiv zugepitzt hat sich aber die

Haushaltslage durch riesige Schlampereien bei der erst 1994 gegründeten landeseigenen Bank-Gesellschaft Berlin und deren [„unendlich“ vielen] Töchter, bei denen

„Südamerikanische Verhältnisse“

Die hat Berlin unter der Führung Eberhard Diepgens (CDU) erreicht, sagt der neue Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD).

Entwicklung der Verschuldung des Landes Berlin



▲ **Entwicklung des Berliner Schuldenbergs** seit der Wiedervereinigung der Stadt (W). Die regierende Große Koalition (blaue Linie) endete 2001 mit dem Bekanntwerden des Skandals um die Bank-Gesellschaft Berlin (BGB), der in diesem Jahr eine besondere Steigerung der Schuldenaufnahme bewirkte (B). Danach konnte auch Rot-Rot den Anstieg der Verschuldung nicht aufhalten (rote Linie). Diese Grafik war 2002 noch nicht beim Artikel. Mehr unter: http://www.khd-research.net/Politik/Facts/Pol_Facts_5.html#Bln_Schulden (Grafik: 1.9.2007 – khd)

fast schon wöchentlich neue Risiken auftauchen.

Berlins Schuldenquote (Anteil der Schulden am erwirtschafteten Brutto-Inlandsprodukt (BIP) steigt konstant an. Auch wenn es dem Senat tatsächlich gelingen sollte, seinen Sparplan bis 2009 umzusetzen, steigt die Schuldenquote „von knapp 50 auf rund 70 %“, stellen die Experten fest. *„Aus dieser Schuldenfalle kann sich Berlin nicht allein befreien.“* Zumal die derzeitigen Senats-Planungen selbst noch mit „erheblichen Risiken“ behaftet seien (zu optimistische Steuerschätzung, fragwürdige Privatisierungs-Erlöse, unsichere Einsparungen bei den Personalausgaben, ungedeckte Landesgarantie von 21,6 Mrd. Euro für die Bank-Gesellschaft Berlin bis 2032), heißt es in der Zeitung. Die Schuldenquote könnte dadurch sogar auf abstruse über 80 % getrieben werden.

Selbst wenn diese Risiken nur in einem „moderaten Ausmaß“ eintreten, müßten die jährlichen Ausgaben der Stadt zusätzlich um 2,2–3,3 Mrd. Euro reduziert werden, was kaum als realisierbar gilt. Realistisch sei deshalb eine Kombination von Einsparungen und einer Bundeshilfe, um die eklatante „Haushaltsnotlage“ zu beseitigen. Auch Berlins Landesrechnungshof sieht nur noch sehr begrenzte Sparpotentiale. Ohne „massive Hilfen des Bundes“ könne Berlin seine Finanzen nicht konsolidieren, heißt es im Jahresberichts 2002. *„Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht muß ins Auge gefaßt werden.“*

Immerhin wurde nach 1990 die teilungsbedingte Hilfe des Bundes von der Kohl-Regierung binnen 5 Jahren viel zu schnell zusammengestrichen. Seit 1995 nimmt Berlin – wie jedes andere Bundesland – am Länder-Finanzausgleich teil. Von den 20 Mrd. DM, die der Bund noch 1991 zahlte, blieben 1995 noch 11 Mrd. DM übrig. Andererseits sind Ex-Berliner Großunternehmen wie Siemens, Daimler-Benz, AEG- und

Lorenz-Nachfolger sowie die Börse nach der Deutschen Einheit nicht in dem Umfang zurückgekehrt, um Berlins Wirtschaftskraft (auch durch Gewerbesteuer-Zahlungen) nachhaltig stärken zu können.

Was Ökonomen zur Lage der Stadt im Jahr 2002 sagen:

- [1: Die Finanzkrise kann Berlin nicht allein bewältigen]
- [2: Vergleiche, die nicht weiterhelfen]
- [3: Ideen aufgreifen, die es in Berlin längst gibt]
- [4: Kumpanei mit ÖTV & Co]

Überdimensionierte Hauptverwaltung:

Denn nur in der Bauverwaltung, der Schulverwaltung und bei den Gesundheitsbehörden kann in Berlin ein überproportionaler Personalbestand konstatiert werden – nicht aber bei den Bildungseinrichtungen selbst (Hochschulen, Schulen, Kitas).

Länder-Finanzausgleich: Dieser ist derzeit nicht unbedingt gerecht organisiert. So ist beispielsweise das teilungsbedingte Ausbluten der Berliner Industrie (nach dem Mauerbau von 1961) kaum berücksichtigt.

Verfassungswidriger Haushalt: Der Berliner Doppel-Haushalt 2002/03 verstößt klar gegen das Grundgesetz, da die dort mit rund 10 Mrd. Euro vorgesehene Neuverschuldung die mit 1,9 Mrd. Euro geplanten Investitionen übersteigt – also zu rund 81 % konsumiert werden soll. Die Bundesregierung müßte nun eigentlich aktiv werden [Ed-2006: was sie aber nicht tat].

BankGesellschaft Berlin: Hunderte Kleinaktionäre des maroden Finanzkonzerns machten bei der Hauptversammlung am 19. Juli 2002 ihrem Ärger Luft. Vor der Tür des Berliner ICC demonstrierten wütende Steuerzahler gegen die Plünderung der Stadtkasse. Und die „Initiative Berliner Bankenskandal“ veröffentlichte die Namen von Anlegern, die sich an umstrittenen Immobilien- Fonds der Bank-Gesellschaft Berlin beteiligt haben. [mehr]

Mehr zu diesem Thema:

- [01] [00.00.2001: Berlin hat seine Finanzkrise selbst verursacht] (DIE ZEIT)
URL: http://www.zeit.de/2001/23/Wirtschaft/200123_berliner_bankges.html
- [02] [00.00.2002: Chronik des Berliner Banken-Skandals] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/BankGesBerlin_1.html#BGB_1
- [03] [00.00.2002: Doppeletat 2002/03: Die Stadt spart an jeder Ecke] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: <http://www.tagesspiegel.de/pubs/aktuell/pageviewer.asp?TextID=16607>

„Im Grunewald, im Grunewald ist Holzauktion . . .“

BERLIN – 28.6.2002 (khd). Ausgangs des 19. Jahrhunderts veranstaltete man im Südwesten Berlins eine große Holzauktion. Denn ein Teil des nordöstlichen Grunewalds (4676 Hektar betrug damals die gesamte Fläche des Grunewalds) wurde abgeholzt, um zwischen Halensee und Bahnhof Grunewald Platz zu schaffen für die Villen-Kolonie Grunewald. Das war damals ein Riesengeschäft... Und heute gibt es bereits Berliner Spatzen, die angesichts der drohenden Riesenpleite Berlins von den Wipfeln der Grunewald-Kiefern pfeifen, daß es Überlegungen gibt, eine solche Holzauktion zu wiederholen.

Östlich der AVUS, die den Grunewald teilt, gibt es noch um die 10 Millionen Quadratmeter Wald. Diese ließen sich trefflich zu viel Geld machen, sagen die Spatzen. Denn holze man einen Teil der Bäume ab und parzelliere das ganze Gebiet, dann könnten sich viele Besserverdienende für ein stadtnahes Wohnen im Grünen unter Kiefern an der malerischen Grunewald-Seenkette erwärmen. Immerhin könnten der Verkauf der Grundstücke (und des Holzes) einige Milliarden Euro in die leere Stadtkasse spülen.

Natürlich wäre ein solch großer Verlust an Natur und Naherholungsgebieten äußerst schmerzlich. Auch habe der Wald eine besondere Bedeutung für ein gesundes Stadtklima, werden Ökologen einwenden. Denn in Berlin herrschen vorwiegend westliche Winde und der große Grunewald liege nun einmal im Südwesten vor der Metropole.

Aber die Spatzen sagen da nur: „Das hätten sich Eure famosen Politiker mal früher überlegen müssen, daß sie mit ihrem fahrlässigen Handeln so viel Schaden anrichten werden.“ Ein abgeholzter Grunewald stelle insofern nur ein riesiges Mahnmal dar, nicht noch einmal das Geschick der Stadt in die Hände von Politikern minderer Qualität zu legen, wissen die Spatzen.

Aber die Spatzen sagen da nur: „Das hätten sich Eure famosen Politiker mal früher überlegen müssen, daß sie mit ihrem fahrlässigen Handeln so viel Schaden anrichten werden.“ Ein abgeholzter Grunewald stelle insofern nur ein riesiges Mahnmal dar, nicht noch einmal das Geschick der Stadt in die Hände von Politikern minderer Qualität zu legen, wissen die Spatzen.

[2006: Vollà! Die Holzauktion beginnt . . .]

Das Hauptportal des „khd-research.net“ ist im Internet erreichbar unter der Adresse: <http://www.khd-research.net/>.

Erscheinungsorte sind San José (USA) oder Toronto (Canada). Herausgeber der Publikationen ist: Universitätsrat a. D. K.-H. Dittberner, Berlin. Es gilt der Disclaimer.

Der hier im PDF-Format präsentierte Haupt-Artikel wurde erstmals in der Nr. 157 der Ausgabe der »khd-Page« vom 30. Juni 2002 veröffentlicht. Alle im Text unterstrichenen Begriffe sind im Original (im Internet) mit Links (Verweisen) versehen, die zu weiterführenden Informationen im Weltwissensnetz führen.

Die Artikel-Archivierung ist unter folgendem Pfad (URL) erfolgt: <http://www.khd-research.net/Welcome/News03.html#13>.